



...natürlich
BERGKAMEN

Fraktion im Rat der Stadt

Haushaltsrede Doppelhaushalt 2016/2017

Sehr geehrter Herr BM, werte Kolleginnen und Kollegen des Rates, sehr geehrte Damen und Herren auf der Zuschauertribüne und auf den Ehrenplätzen, sehr geehrte Vertreter der lokalen Presse,

heute erleben wir ein Novum im Rat der Stadt Bergkamen. Die Vorsitzenden der drei Fraktionen von SPD, CDU und Bündnis 90/Grüne halten ihre erste Haushaltsrede. Häufig bedienten sich die Protagonisten, sprich Fraktionsvorsitzenden, Zitate verschiedener Denker, Dichter und Philosophen zum Einstieg in ihre Haushaltsrede. Zweifelsfrei habe ich mir als Vorsitzender der SPD-Fraktion natürlich auch die Frage gestellt: Wie fängst Du denn an?

Nun, beginnen möchte ich meine Ausführungen mit dem Fundament unserer Demokratie, unseres Rechtsverständnisses, dem Grundgesetz. Dort heißt es in Artikel 1: Die Würde des Menschen ist unantastbar. Die Betonung liegt auf **des** Menschen, gleichgültig welcher Herkunft, Hautfarbe, Kultur oder Religion er entstammt. Der Zustrom von Menschen, die hier in Deutschland um Asyl bitten (Artikel 16a des Grundgesetzes), scheint nicht enden zu wollen und wenn unsere Bundeskanzlerin sagt: „Wir schaffen das!“, so erwidere ich: „Ja, wir schaffen das, aber ganz gewiss nicht allein.“ Die Haltung, die ein Großteil der Staaten der EU in dieser Frage an den Tag legt, ist erschütternd, ja geradezu jämmerlich und ich frage mich, welche Werte diese Staatengemeinschaft vertritt. Menschenwürde? Barmherzigkeit? Wohl kaum!

Ich vermisse in diesem Zusammenhang auch angesichts der vielen Zuwanderer auch hier in Deutschland eine öffentliche, ehrliche Debatte darüber, wie wir uns zukünftig aufstellen möchten, darüber, welchen Anspruch wir an uns selber im Zusammenhang mit der Integration von Zuwanderern haben und darüber, wie wir diese Herausforderungen unter Einbeziehung aller staatlichen Ebenen meistern können.

Eines sollten wir uns dabei immer vergegenwärtigen: Wir reden hier über Menschen. Bereits in meinen Ausführungen zur Entscheidung einer ZUE hier in Bergkamen in der Sitzung des Rates am 19.08.2015 habe ich folgende Frage gestellt, die ich noch einmal an dieser Stelle wiederholen möchte:

Was muss passieren, und diese Frage sollte ein jeder sich in einer ruhigen Minute einmal stellen, was muss passieren, damit ein Mensch gegen seinen Willen seine Heimat verlässt, eine Familie ihre Wurzeln abschneidet, Freunde, Bekannte, Verwandte ja teilweise sogar die engsten Familienmitglieder (Ehepartner, Kinder) zurücklässt um sich auf den Weg in eine ungewisse Zukunft zu machen.

Machen wir uns nichts vor. Unsere Gesellschaft wird sich durch die Flüchtlinge verändern, auch hier in Bergkamen. In diesem Zusammenhang begrüße ich ausdrücklich die Art und Weise wie wir hier in Bergkamen mit der Situation umgegangen sind. Mein Dank geht an die Verwaltung für den ehrlichen und offenen Dialog mit der Bürgerschaft und der frühzeitigen Information der politischen Entscheidungsträger, die hier im Rat vertretenen Fraktionen, die dieses Thema nicht politisieren und natürlich die vielen ehrenamtlichen Menschen aus der Bürgerschaft unserer Stadt, die sich auf ganz unterschiedliche Art und Weise engagieren – sei es im Flüchtlingshelferkreis, im DRK oder anderweitig. Dieses ehrenamtliche Engagement ist ein Beweis für unser Verständnis gelebter Solidarität. Ohne die Unterstützung unserer Bürgerinnen und Bürger wäre und ist auch zukünftig diese Aufgabe nicht zu stemmen.

Natürlich hat diese Situation auch finanzielle Auswirkungen auf unseren Haushalt. Aber dazu später.

Mit dem uns vorliegenden Doppelhaushalt 2016 / 2017 sehen wir als SPD-Fraktion unsere Linie bestätigt, in dem wir dem Bürger sozusagen „reinen Wein“ einschenken. Wir sagen ehrlich was möglich ist und was eben nicht möglich ist. Und wenn es denn dann auch unpopuläre Entscheidungen sind, ducken wir uns davor nicht weg, sondern gehen in den Dialog mit der Bürgerschaft und zeigen die Alternativen auf.

Im Rahmen der verschiedenen Haushaltssicherungskonzepte haben wir Schwimmstätten geschlossen, ebenso Stadtebibliotheken, auch Gebühren und Abgaben erhöht, Schulstandorte geschlossen usw. usw. Diese Maßnahmen waren erforderlich, um Bergkamen an die sich ändernden finanziellen und demografischen Rahmenbedingungen anzupassen und die Stadt als liebens- und lebenswerte Stadt zu erhalten und weiterzuentwickeln. Kommunalpolitik hat sich immer am Wohl der Bürgerinnen und Bürger zu orientieren. Dass die Bürgerschaft diese Politik der Ehrlichkeit bestätigt, zeigen die Kommunalwahlen. Die Ergebnisse dürften den hier Anwesenden ja hinlänglich bekannt sein.

Nun könnte ich mich beklagen über die chronische Unterfinanzierung der Kommunen, die fehlende Konnexität – sprich: Wer die Musik bestellt muss sie auch bezahlen, usw. aber hilft uns das weiter? Sicherlich, wir müssen immer wieder im Rahmen unserer Möglichkeiten auf diese Dinge hinweisen, aber zu allererst müssen wir unsere eigenen Hausaufgaben machen.

Seit Gründung der Stadt Bergkamen tragen wir als SPD die politische Verantwortung für unsere Stadt. In dieser Zeit haben wir den Strukturwandel aktiv gestaltet. Unter schwierigsten finanziellen Rahmenbedingungen haben wir Bergkamen zu einer Stadt entwickelt, in der es sich lohnt zu leben, zu wohnen und zu arbeiten. 2016, so steht es wörtlich in unserem kommunalpolitischen Grundsatzprogramm aus dem Jahre 2014, erwarten wir nach der vom Rat im Dezember 2013 beschlossenen Finanzplanung nicht nur einen ausgeglichenen Haushalt, sondern bereits einen Haushaltsüberschuss und somit die wichtigste Zielmarke unserer Haushaltspolitik. An dieser Stelle möchte ich den Blick zurück richten auf die letzte Sitzung des Rates im vergangenen Jahr 2014. Da haben wir als SPD durch die Anhebung der Grundsteuer B den Bürgerinnen und Bürgern viel zugemutet. Dieser sicherlich für uns alle schmerzhafteste Schritt war zwingend notwendig, um die kommunale Handlungsfähigkeit zu erhalten. Die Fraktion Bündnis 90/Grüne sah das ebenso. Bergauf natürlich nicht. Aber bei Ihnen wertvolle Kolleginnen und Kollegen von der CDU Fraktion war ich schon erschüttert, dass sie ohne Alternative diesen notwendigen Schritt ablehnten und den Weg in den Nothaushalt angetreten wären. Dieses Verhalten kam in meinen Augen einer politischen Bankrotterklärung gleich.

Gestatten Sie mir nun aber einige grundsätzliche Anmerkungen zu dem uns vorliegenden Haushaltsentwurf der Jahre 2016/2017 nebst Stellenplan.

Das wichtigste, zwingend vorgeschriebene Ziel, ein **ausgeglichener Haushalt** ist erreicht. Und zu welchem Preis?

- Steuererhöhungen? Nein – Die Grundsteuern A und B bleiben in den Jahren 2016 und 2017 konstant! Damit liegt Bergkamen im kreisweiten Vergleich derzeit im unteren Mittelfeld. Auch die Gewerbesteuer wird nicht erhöht!
- Gebührenerhöhungen? 1,95 Euro für die 4-köpfige Familie Mustermann im Jahr 2016 halten wir für absolut vertretbar.
- Kürzung von freiwilligen Leistungen? Mitnichten!
 - ✓ Ein breit gefächertes, qualitativ hochwertiges Kulturangebot wird unseren Bürgerinnen und Bürgern auch im kommenden Jahr präsentiert. Weit über unsere Stadtgrenzen hinaus blickt man durchaus etwas neidisch auf das, was hier von Seiten des Kulturamtes und den vielen ehrenamtlichen Helfern auf die Beine gestellt wird. Kultur, als weicher Standortfaktor, stellt für uns als SPD-Fraktion keine lose Worthülse dar, die nur Kosten verursacht. Wir wollen auch zukünftig die Vielfältigkeit und die Qualität von kulturellen und künstlerischen Angeboten sicherstellen. Die angedachten Investitionen im Bereich des Stadtmuseums i.H.v. TEU 100 aus dem Kommunalinvestitionsförderungsgesetz begrüßen wir an dieser Stelle ausdrücklich.

- ✓ Wir bekennen uns zu unserer Geschichte und machen sie erlebbar. Das Bergbaumuseum und der Römerpark mit der Holz-Erde-Mauer zeugen unstrittig davon.
 - ✓ Großveranstaltungen, wie das Hafenfest, der Lichtermarkt, Open-Air-Kino, Weingenuss am Wasser bleiben auch zukünftig erhalten und sorgen für ein positives Image unserer Stadt Bergkamen.
 - ✓ Wir leisten uns eine eigene Bibliothek am Stadtmarkt
 - ✓ Wir verfügen über ein breit aufgestelltes Angebot an Sportanlagen in allen Stadtteilen. Unsere Bürgerinnen und Bürger haben die Möglichkeit, neben populären Sportarten, wie Fußball, Handball, Volleyball, Tennis, Leichtathletik, Schwimmen auch Sportarten auszuüben, welche nicht in allen Nachbarstädten vorgehalten werden: Z.B. Bogenschießen, Kanusport, Eiskunslaufen, Eishockey etc. Unsere Vereine nutzen die städtischen Sportanlagen kostenlos. Dies erachten wir als Selbstverständnis im Hinblick auf die ganz, ganz wichtige Funktion, die die Vereine als Anbieter eines breit gefächerten Spektrums an Sport- und Freizeitangeboten für alle Bergkamener Bürgerinnen und Bürger, insbesondere jedoch für Kinder und Jugendliche, ausüben. Unter diesem Aspekt beantragen wir auch die Errichtung eines ebenerdigen Nebengebäudes mit Toilettenanlage am Kunstrassenplatz des Römerbergstadions in Oberaden. Spielern, Trainern und Besuchern stehen ausreichende sanitäre Anlagen insbesondere unter dem Gesichtspunkt der Barrierefreiheit in unmittelbarer Nähe des Platzes derzeit nicht zur Verfügung.
 - ✓ Weiterhin betreibt das Jugendamt der Stadt Bergkamen eigene Jugendheime, in welchen neben offenen Angeboten auch diverse Gruppenangebote vorgehalten werden.
 - ✓ Unsere Volkshochschule bietet ein sehr umfangreiches Programm für alle Bevölkerungsgruppen. Insbesondere auch im Bildungsbereich, sprich der Möglichkeit, Schulabschlüsse nachträglich zu erwerben als Grundvoraussetzung, um auf dem ersten Arbeitsmarkt mithalten zu können, im Übrigen auch hier ein wichtiger Baustein zur Integration von Migrantinnen und Migranten.
- ➔ Die Liste freiwilliger Leistungen ist sicherlich noch deutlich länger. Um den Rahmen an dieser Stelle nicht zu sprengen, habe ich mich auf einige wesentliche von mir soeben benannte Kernpunkte beschränkt.

Dies alles geht natürlich nur mit qualifizierten und motivierten Mitarbeitern in der Stadtverwaltung, womit wir bei dem Stellenplan sind. Der Anteil der Personalaufwendungen der Stadt Bergkamen an den Gesamtaufwendungen im Ergebnisplan beträgt aktuell 18,3 %. Im interkommunalen Vergleich steht Bergkamen mit einem Wert von weniger als 20 % sehr gut da. Das ist rein finanziell sicherlich erfreulich, bilden die Personalkosten doch i.d.R. immer den höchsten Fixkostenblock in einer Kommune. Allerdings sehen wir mit Sorge eine immer größere Verdichtung der Arbeitsbelastung. Wir halten an dieser Stelle vor allem im Interesse der Beschäftigten das Ende der Fahnenstange für erreicht. Eine Stadtverwaltung, die sich wie die Stadt Bergkamen als Dienstleister für die Bürgerinnen und Bürger präsentiert, braucht auch eine entsprechende Anzahl von Beschäftigten um diesem Servicegedanken gerecht zu werden. Gefordert sind hier insbesondere die Führungskräfte und der Personalrat, um innerhalb des Unternehmens Stadt Bergkamen ggf. quantitative und qualitative Änderungen bei der Besetzung von Ämtern frühzeitig zu erkennen und gegenzusteuern.

Wir begrüßen an dieser Stelle ausdrücklich das positive Votum des Personalrates zum Stellenplan, welches uns in einem persönlichen Gespräch nochmals bestätigt wurde. Ebenfalls halten wir die Angebote zur Fortbildung der Führungskräfte im Bereich „Führen von Mitarbeitern“, welche nun erstmalig von Seiten des Amtes Zentrale Dienste in Zusammenarbeit mit dem Personalrat und der Gleichstellungsbeauftragten angeboten werden, für notwendig und zielführend. Hier lernen auch die Führungskräfte zum Wohle der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter sicherlich noch hinzu.

An dieser Stelle erlauben sie mir den Hinweis, sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen von der CDU Fraktion, dass insbesondere bei den von Ihnen so gern benannten Häuptlingen, sprich Dezernenten und Amtsleitern, eingespart worden ist. FDI, Amtsleiter Liegenschaften, Amtsleiter Sozialamt, - allesamt nicht mehr vorhanden.

Beim Blick auf die **investiven Maßnahmen** begrüßen wir zunächst einmal die Entscheidung der Landesregierung, bei der Verteilung der zur Verfügung gestellten Mittel aus dem Kommunalinvestitionsförderungsgesetz, vor allem die strukturschwachen Regionen stärker zu berücksichtigen. Für Bergkamen bedeutet dies eine Fördersumme von 5,2 Mio Euro.

Den vorgeschlagenen Schwerpunkt, den die Verwaltung hier auf die Modernisierung der bestehenden Schulgebäude setzt, tragen wir uneingeschränkt mit.

Wir müssen an dieser Stelle unsere Bildungseinrichtungen mit diesen einmalig zur Verfügung gestellten Mitteln endlich so modernisieren, dass Lernen für die Schülerinnen und Schüler in einem qualitativ vernünftigen Baukörper, sprich Schulgebäude erfolgt.

Wir sind zuversichtlich, dass nicht mehr funktionierende Fenster, marode Heizungsanlagen und ungedämmte Dächer nach Umsetzung der Maßnahmen der Vergangenheit angehören. Positiver Nebeneffekt ist die Energieeinsparung, welche nicht nur unter Kosten - sondern insbesondere auch unter Umweltgesichtspunkten zu sehen ist.

Gleichzeitig investieren wir auch in die Feuerwehrgerätehäuser und setzen hier ein Signal in Richtung unserer freiwilligen Feuerwehr. Das ehrenamtliche Engagement, das unsere freiwillige Feuerwehr bei ihren vielfältigen, teilweise lebensgefährlichen Einsätzen für die Sicherheit unserer Bürgerinnen und Bürger leistet, kann gar nicht hoch genug gewürdigt werden. Aus diesem Grund ist es für uns selbstverständlich, uns regelmäßig für eine gute Ausstattung der freiwilligen Feuerwehr einzusetzen. Dies bezieht sich sowohl auf den Fuhrpark als auch auf die Feuerwehrgerätehäuser.

Nun könnte man ja meinen, es ist alles eitel Sonnenschein. Nein, natürlich nicht. Selbstverständlich beinhaltet ein derart komplexes Zahlenwerk wie ein Haushaltsentwurf Annahmen, die durchaus diskutabel sind. Gestatten Sie mir hierzu noch einige Anmerkungen:

- 1. Die Gewerbesteuer:** Sie ist, wie wir alle schon erlebt haben, nahezu unkalkulierbar. Wir halten den hier gewählten Ansatz von der Kämmerei, den Durchschnitt der seit Einführung des NKf tatsächlich erzielten Gewerbesteuereinnahmen zu wählen, für realistisch. Dieser liegt im Übrigen unterhalb der Orientierungsdaten des Landes und unterhalb der tatsächlich erzielten Gewerbesteuereinnahmen des Jahres 2015. In diesem Zusammenhang möchten wir auch noch einmal auf die Ansiedlungserfolge im Logistikpark A2 hinweisen. Diese werden sicherlich zu einem zukünftig höheren Gewerbesteueraufkommen beitragen. Es zeigt aber auch, dass es notwendig ist entsprechende Gewerbeflächen für ansiedlungs- und erweiterungswillige Unternehmen, vor allem auch aus dem derzeitigen Unternehmerbestand, vorzuhalten. Dies unter anderem auch unter dem Aspekt der Schaffung und Sicherung von Arbeitsplätzen. Wir fordern die Verwaltung auf, den eingeschlagenen Weg der Suche nach einem neuen Gewerbegebiet mit Nachdruck voranzutreiben. Besonders positiv sehen wir daher die Einstellung von 1,5 Mio. Euro, welche für den Grunderwerb möglicher Gewerbeflächen vorgesehen sind.
- 2. Kosten für Asyl:** Wir alle können nicht in die Glaskugel schauen. Wir wissen nicht, welche Herausforderungen, auch in finanzieller Hinsicht, noch auf uns zukommen und von uns zu bewältigen sind. Sicher ist, dass eine gute, gelungene Integration nicht allein Aufgabe des Staates ist. Viel mehr – und das ist viel wichtiger – sind wir alle gefordert. Die Hilfe aller stellt eine wesentliche Grundvoraussetzung dafür dar, dass die zu uns kommenden Menschen die Möglichkeit erhalten, sich langfristig in unsere Gesellschaft einzugliedern. Wir sollten dies als Chance begreifen. Wenn es gut läuft, verjüngen die zu uns kommenden Flüchtlinge das Land, gründen Unternehmen wie viele Migranten in anderen Ländern auch, teilen Ideen, tragen neue Perspektiven in Unternehmen und Gesellschaft. Doch all das geschieht nicht von selbst.
- 3. Beteiligungen:** Die zweifelsfrei wichtigste Beteiligung der Stadt Bergkamen ist die GSW. Nur durch deren positive Geschäftsergebnisse war es in der Vergangenheit möglich, neben entsprechenden Gewinnausschüttungen auch die Bäder und die Eissporthalle zu betreiben. Dies ist jedoch auf Dauer angesichts der Verluste von ca. 2,1 Mio. Euro allein für Bergkamen und der sich wesentlich negativ verändernden Rahmenbedingungen im Energiesektor nicht mehr gewährleistet. Vor diesem Hintergrund stellte sich die Frage der Neuausrichtung der Bäderlandschaft innerhalb der GSW. Da die Errichtung eines gemeinsamen Zentralbades mit der Stadt Kamen unter Aufgabe sämtlicher Wasserflächen in Kamen und Bergkamen nicht in Betracht kommt, müssen wir uns vor Ort Gedanken machen, wie eine kommunaleigene Lösung aussehen könnte. Insbesondere für das Schul- und das Vereinsschwimmen benötigen wir ein zeitgemäßes und nachhaltiges Bäderangebot. Fraglich ist, wie wir uns in Bergkamen langfristig und zukunftsorientiert optimal aufstellen können, um dies zu gewährleisten. Die entsprechenden monetären Berechnungen zu verschiedenen Varianten – sei es die Weiterführung der vorhandenen Bäder, die Instandsetzung des Hallenbades in Bergkamen Mitte oder der Neubau eines Kombibades am Häupenweg - liegen uns vor. Ebenso liegen uns die Nutzerzahlen der vergangenen Jahre

vor. Als Mehrheitsfraktion sehen wir uns jedoch in der Pflicht, bei einer Entscheidung für die Zukunft alle denkbaren Gesichtspunkte in Betracht zu ziehen. Dazu gehört auch die Prüfung, wie der Hallenbadstandort in Mitte bzw. der Freibad-Standort in Weddinghofen alternativ genutzt werden könnten. Aus diesem Grund beauftragen wir die Verwaltung mit der Erstellung einer Entscheidungsgrundlage, welche insbesondere die planungsrechtlichen und städtebaulichen Möglichkeiten an den beiden bisher von den GSW genutzten Standorten aufzeigt.

4. In dem anhängigen **Klageverfahren** der Stadt Bergkamen gegen die Erste Abwicklungsanstalt als Nachfolgerin der WestLB, welches auf einstimmigen Beschluss dieses Rates vom 17.11.2011 eingeleitet wurde, liegt uns noch keine Entscheidung vor. Diesbezüglich unterstützen wir den Kämmerer bei der Bildung angemessener Rückstellungen anlässlich aktueller Rechtsprechungen in ähnlich gelagerten Verfahren. Zweifelsfrei ist es auch notwendig, einen Liquiditätspuffer zu bilden für den Fall, dass ein gerichtliches Urteil in dem Klageverfahren zu einer Zahllast führt. Vor diesem Hintergrund beinhaltet der Entwurf der Haushaltssatzung die Erhöhung der Kassenkredite auf ein maximales Volumen von 134.000.000 Euro im Jahr 2016. Wir halten dies aufgrund der aktuellen Sachlage im Sinne einer vorausschauenden Finanzpolitik für geboten. Völlig unverständlich ist uns an dieser Stelle, warum allein aufgrund dieser Tatsache, der gesamte Haushalt von der CDU-Fraktion abgelehnt wird. Selbstverständlich entscheidet dieser Rat über den Abschluss eines möglichen Vergleichs mit der EAA. Ebenfalls entscheidet dieser Rat über die Einleitung von weiteren rechtlichen Schritten, wie z.B. der Einlegung einer Revision oder das Akzeptieren eines Urteils in dem derzeit geführten Rechtsstreit vor dem OLG Hamm. Mit Ihrem Verhalten, werte Kolleginnen und Kollegen von der CDU-Fraktion, den gesamten Haushalt abzulehnen, blockieren Sie auch die von mir bereits erwähnten Maßnahmen der Modernisierung von Schulen, Feuerwehren und Turnhallen mit Mitteln aus dem Kommunalinvestitionsförderungsgesetz. Dies deckt sich nach meiner festen Überzeugung nicht mit Ihrem Anspruch, eine verantwortungsbewusste Politik im Sinne der Bürgerinnen und Bürger zu betreiben. Wie man der Presseberichterstattung aus der vergangenen Woche entnehmen konnte, thematisiert die CDU-Fraktion die Frage der Verantwortung. Ob sich die Politik, und damit meine ich alle hier im Rat vertretenen Fraktionen – und dazu gehört auch die CDU – aus dieser Frage komplett herausziehen kann, ist dann ebenfalls zu hinterfragen. Ich persönlich maße mir nicht an, zum jetzigen Zeitpunkt in einem schwebenden Gerichtsverfahren diese Frage zu stellen. Wir als SPD-Fraktion werden zu gegebener Zeit, d.h. ganz konkret, wenn wir wissen ob ein Schaden zu Lasten der Stadt Bergkamen entstanden ist, auch die Frage nach einem Fehlverhalten stellen. Dies gilt uneingeschränkt für **alle** am Prozess Beteiligten.

Gestatten Sie zum Abschluss meiner Ausführungen noch einige Anmerkungen zu den Anträgen der anderen Fraktionen und unserem Abstimmungsverhalten:

Zunächst zu den von der Fraktion BergAUF formulierten Anträgen. Herr Engelhardt, bereits im Rahmen der Verabschiedung des Doppelhaushaltes 2014/2015 und auch in den Jahren davor haben Sie es sich nicht nehmen lassen, diverse Anträge zum Haushalt zu stellen. Bereits damals haben wir – die SPD-Fraktion – Sie in Ihrer Haltung nicht unterstützt. Mit Verwunderung musste ich feststellen, dass Sie identisch lautende Anträge nochmals stellen. Unsere Haltung hat sich seit der Verabschiedung des letzten Doppelhaushaltes nicht geändert. Insoweit wird die SPD-Fraktion Ihre zum wiederholten Male formulierten Anträge nicht stützen. Eine ausführliche Begründung erspare ich mir an dieser Stelle.

Ich möchte fairerweise nur kurz auf einen Ihrer Anträge eingehen, welchen sie nun erstmals einbringen. Mit dem Antrag begehren Sie die Erhöhung der Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen im Bereich von Spielflächen für Kinder. Nach unserem Kenntnisstand sind die Standards der Spielflächen beanstandungsfrei. In diesem Zusammenhang begrüßen wir, dass die Verwaltung in der Sitzung des vergangenen Jugendhilfeausschusses am 02.12.2015 die dritte Fortschreibung des Spielflächenbedarfsplanes eingebracht hat. Diese Fortschreibung enthält eine sehr detaillierte Beschreibung des aktuellen Spielflächenbestandes sowie eine Prognose zur weiteren schwerpunktmäßigen Entwicklung. Da die Verabschiedung des Spielflächenbedarfsplanes für den Anfang des kommenden Jahres geplant ist, ist eine detaillierte Auseinandersetzung unserer Fraktion mit dem Thema in den kommenden Wochen geplant. Zum jetzigen Zeitpunkt unterstützen wir die Verwaltung darin, entsprechende Mittel in Höhe von ca. 37.000 Euro jährlich für Sach- und Dienstleistungen im Bereich der städtischen Spielflächen aufzuwenden. Insoweit werden wir Ihren Antrag nicht mittragen.

Der Antrag der Fraktion Bündnis 90 / Die Grünen sieht die Schaffung einer Stelle für einen Sozialarbeiter/in im Stellenplan vor. In der Begründung steht die Betreuung von minderjährigen unbegleiteten Flüchtlingen im Vordergrund. Ausführlich haben wir auch in unserer Fraktion über den städtischen Personalbedarf für die Betreuung dieses Personenkreises gesprochen. Inhaltlich unterstützen wir die Intention Ihres Antrages in vollem Umfang. Da die Verwaltung bereits zum 01.02.2016 eine Mitarbeiterin – zunächst befristet für zwei Jahre – eingestellt hat, läuft Ihr Antrag zum gegenwärtigen Zeitpunkt ins Leere. Inwieweit nach Ablauf der Befristung ein weitergehender Bedarf besteht, hängt sicherlich auch von der Entwicklung der zukünftigen Flüchtlingszahlen ab. Diesbezüglich bitten wir die Verwaltung bereits zum Ende des kommenden Jahres, den dann erforderlichen Personalbedarf zu ermitteln und ggf. in diesem Bereich dauerhaft eine quantitative Personalerhöhung vorzunehmen. Darüber hinaus werden wir das Thema im Zusammenhang mit der Aufstellung und der Beratung des Stellenplanes 2018 erneut bewerten.

Herr BM, meine Damen und Herren,

Die SPD-Fraktion wird dem vorgelegten Doppelhaushalt 2016/2017 uneingeschränkt zustimmen.

Ich darf mich letztendlich im Namen der gesamten SPD-Fraktion bedanken: Bei unserem Bürgermeister Roland Schäfer und dem gesamten Verwaltungsvorstand für die sehr gute, konstruktive Zusammenarbeit und die Bereitschaft jederzeit uns mit ihrem Sachverstand zur Verfügung zu stehen. Bei unserem Kämmerer Holger Lachmann und seinem Team für das vorgelegte Zahlenwerk. Vor allem aber auch für die offene, transparente Diskussion insbesondere auch im Bereich der Risiken dieses Haushalts. Und nicht zuletzt bei allen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der Stadtverwaltung, die letztendlich ja hinter diesen Zahlen stehen.

In diesem Sinne: Packen wir es an für unsere Stadt!

Herzlichen Dank für Ihre Aufmerksamkeit!